

5/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Helmut Kohl: Kein Zweifel am Vorrang der Westpolitik

Unser Hauptziel bleibt die Europäische Union

Am 22. Januar 1988 jährte sich zum 25. Mal die Unterzeichnung des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit, auch Elysée-Vertrag genannt. Dieser Jahrestag und sein offizieller Besuch in der Tschechoslowakei waren für Bundeskanzler Helmut Kohl der Anlaß, am 4. Februar im Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung abzugeben, in der er u. a. ausführte:

„Wir wollen eine dynamische und konstruktive Entwicklung der Beziehungen zwischen West und Ost. Aber diese Politik kann nur insoweit erfolgreich sein, als sie sich auf ein enges Zusammenwirken mit den USA und unseren europäischen Partnern, insbesondere auch mit Frankreich, stützt. An dem Pramat unserer Westpolitik darf kein Zweifel bestehen.“

Mit der Unterzeichnung der beiden Vereinbarungen über die Schaffung des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates sowie eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrates am 22. Januar 1988 in Paris haben wir bewußt ein Signal dafür gesetzt, daß es in Europa keinen Stillstand geben darf.

Die Vereinbarungen, die wir in Paris unterzeichnet haben, stellen erneut unsere enge Freundschaft und Partnerschaft mit Frankreich unter Beweis. Sie sind Zeugnis dafür, daß sich Deutsche und Franzosen in Kernbereichen der europäischen Politik gemeinsam den Herausforderungen der Zukunft stellen.

HEUTE AKTUELL

Umweltpolitik

Treibhauseffekt und Ozonabbau wirksam bekämpfen. Heinz Riesenhuber und Klaus Töpfer vor der Enquête-Kommission. Seite 5

Agrarbericht

Fortschritte bei der Verwirklichung agrarpolitischer Ziele. Seite 9

Frauenpolitik

Die CDU-Frauenvereinigung hat sich für 1988 große Aufgaben gestellt. Seite 12

Steuern

Die SPD hat in ihrer Regierungsverantwortung 44mal die Steuern erhöht. Hinweise auf Quellen und Zitate. Seite 19

Dokumentation

Solidarität und Eigenverantwortung — Unser Konzept zur Erneuerung des Gesundheitswesens dient allen Beteiligten. Grüner Teil

Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat nicht nur die Interessen unserer beiden Länder und Völker gefördert; sie hat Europa insgesamt in den letzten Jahrzehnten immer wieder vorangebracht. Dies soll auch in Zukunft so bleiben.

Die Vereinbarung über die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates in Paris habe ich als einen weithin sichtbaren Ausdruck der Frankreich und Deutschland verbindenden Schicksalsgemeinschaft bezeichnet.

Sowohl die geographische Lage als auch die heutige Waffentechnologie machen es dringend erforderlich, das Territorium unserer beiden Länder als einen geschlossenen Verteidigungsraum zu begreifen, als eine Einheit, die wir nur gemeinsam schützen können.

Zu den wesentlichen Aufgaben des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates gehören insbesondere

- die Ausarbeitung gemeinsamer Konzeptionen auf dem Gebiete der Verteidigung und Sicherheit und
- die Abstimmung zwischen beiden Staaten in allen die Sicherheit Europas angehenden Fragen einschließlich des Gebiets der Rüstungskontrolle und der Abrüstung.

Wir brauchen auf einer breiten Basis mehr Vertrauen und damit auch mehr Stabilität zwischen West und Ost. Dies ist langfristig nur zu erreichen, wenn wir auch die ideologischen und politischen Ursachen des West-Ost-Konfliktes abbauen.

Ich habe daher in Paris vorgeschlagen — und ich wiederhole diesen Vorschlag heute —, daß die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich die jetzt vor uns liegende Phase der Ostpolitik, wo immer möglich, in stärkerem Maße gemeinsam gestalten.

In Paris haben wir auch die Aufstellung eines gemeinsamen deutsch-französischen Truppenverbandes beschlossen. Diese Brigade soll ein wirksamer und ausbaufähiger Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung werden. Zugleich kann diese Brigade Anstoß für andere multilaterale europäische Verbände geben. Am Ende des Weges muß eine gemeinsame europäische Verteidigung stehen, wenn möglich auch mit einer europäischen Armee.

Mit ihrer engeren sicherheitspolitischen und militärischen Zusammenarbeit leisten Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag zur Stärkung des europäischen Pfeilers des Atlantischen Bündnisses und damit zur weiteren Stabilisierung des Friedens in Europa. Jede andere Deutung geht fehl. Die Präambel der Vereinbarung über die Schaffung des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates hebt ausdrücklich — ich will dies unterstreichen — die Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland bindenden Verpflichtungen in der WEU und in der NATO und die Solidarität mit den Partnern bei der Bündnisse hervor.

Mit der Vereinbarung über den deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat haben wir einen weiteren Schritt nach vorne und in die richtige Richtung getan. Unsere regelmäßigen bilateralen Konsultationen und die enge Koordination in den jetzigen wirtschafts- und währungspolitischen Fragen sollen dadurch nicht nur formalisiert, sondern auch verstärkt und, wo irgend möglich, vertieft werden.

Damit sei klar gesagt, daß sich auch dieser Teil unserer Zusammenarbeit gegen niemanden richtet und daß wir überhaupt nicht beabsichtigen, irgend jemand von ihr auszuschließen.

Die Präambel der Vereinbarung über die Schaffung des Finanz- und Wirtschaftsra-

Zwei wichtige Kongresse

„Herausforderung Pflege-Chance zu neuer Arbeit.“ Unter diesem Motto findet am 24. Februar 1988, im Bonner Konrad-Adenauer-Haus ein Expertengespräch statt. Es wird eröffnet (10 Uhr) von Generalsekretär Heiner Geißler mit einem Vortrag über die Perspektiven einer modernen und menschlichen Sozialpolitik.

Die 16. Bundesdelegiertenversammlung der Frauenvereinigung der CDU findet am 20./21. Februar im Bonner Konrad-Adenauer-Haus statt. Motto: Leben wagen — Zukunft gewinnen. Die Ergebnisse des Bundesdelegiertentages sollen mit einfließen in die Beratungen und Beschlüsse des nächsten Bundesparteitages vom 13. bis 15. Juni in Wiesbaden. Auch hier wird der Generalsekretär eine wegweisende Rede halten.

tes enthält eine eindeutige europäische Perspektive. Sie verweist darauf, daß eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich zur Verwirklichung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beiträgt.

Ein entscheidender Schritt auf diesem Wege wird die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 sein. Dieser wird seine Dynamik nur dann voll entfalten können, wenn wir in Europa unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik noch stärker koordinieren. Weil die Bundesrepublik Deutschland will — ich denke, das ist der gemeinsame Wunsch des Hohen Hauses —, daß dieser Europäische Binnenmarkt 1992 möglich wird, werden wir bei den bevorstehenden Beratungen in Brüssel alles daran setzen, daß dieser Sondergipfel zum Erfolg führt.

Für mich liegt es in der Logik des europäischen Einigungsprozesses, daß am Ende einer solchen Entwicklung auch eine einheitliche europäische Währung mit einer europäischen Zentralbank stehen muß. Eine entscheidende Rolle für das Funktionieren des Europäischen Währungssystems fällt der Deutschen Bundesbank zu. Dabei ist es für uns selbstverständlich, daß der gesetzliche Auftrag der Bundesbank, die Geldwertstabilität in der Bundesrepublik Deutschland zu sichern, nicht gefährdet werden darf. Die Deutsche Bundesbank ist im deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat durch ihren Präsidenten vertreten. Ich sehe die Unabhängigkeit der Bundesbank dadurch nicht angetastet.“

Bundesregierung begrüßt Gorbatschows Ankündigung

Die Bundesregierung begrüßt die Ankündigung von Generalsekretär Gorbatschow, die sowjetischen Truppen ab 15. Mai 1988 aus Afghanistan abziehen zu wollen. Sie hofft, daß die Sowjetunion diese Ankündigung bei der bevorstehenden Fortsetzung der Genfer Gespräche zur Lösung der Afghanistanfrage unter Vermittlung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen unter Beweis stellen und einer umgehenden politischen Lösung zustimmen wird.

Ziel der Lösung muß es sein, ein blockfreies, unabhängiges Afghanistan zu schaffen, dessen Bevölkerung frei von jeder fremden Besatzung über ihr eigenes politisches Schicksal selbst entscheiden kann.

Die CDU ist stolz auf Jakob Kaiser

Er war ein Garant des nationalen Einheitswillens

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in einer Gedenkstunde zum 100.

Geburtstag des CDU-Politikers Jakob Kaiser dessen Verdienste am Aufbau der Demokratie nach 1945 an der Seite Konrad Adenauers gewürdigt.

„Jakob Kaiser nimmt in der Geschichte der CDU als Garant des nationalen Einheitswillens und der sozialen Verantwortung einen zentralen Platz ein“, erklärte der Kanzler bei der Feier im Konrad-Adenauer-Haus. Kaisers Name stehe für christliches Engagement und beharrlichen Einsatz für die Einheit Deutschlands.

Den moralisch-politischen Impuls des Widerstands in die deutsche Nachkriegspolitik einzubringen, war die wohl stärkste Antriebskraft für das politische Wirken Jakob Kaisers nach 1945. Es ist gekennzeichnet durch zwei für ihn charakteristische Eigenschaften: das Aufstehen gegen jedwedes Unrecht und jede Diktatur sowie das Streben, zu einem ethisch begründeten neuen sozialen Miteinander aller Gruppierungen im Volk zu gelangen.

Der Vorsitzende der Jakob-Kaiser-Stiftung, der frühere Arbeitsminister Hans Katzer, erklärte: „43 Jahre leben wir in Frieden und Freiheit. Das ist auch eine Frucht des politischen Wirkens von Jakob Kaiser.“ Die erheblich gestiegene Zahl auch von jüngeren Besuchern aus der DDR bewertete Katzer als ein Hoffnungszeichen. Mit Besonnenheit und Mut sollte dieser Weg fortgesetzt werden. Der Vorsitzende der CDA-Sozialausschüsse, der Berliner Senator Ulf Fink, zu

dessen Vorgängern an der Spitze der Sozialausschüsse von 1949 bis 1957 Kaiser gehörte, unterstrich in einer Erklärung, Kaiser habe zwei Ziele miteinander in Einklang bringen wollen: die Einheit Deutschlands wahren und in Deutschland eine freiheitliche und sozial gerechte Gesellschaftsordnung verwirklichen.

Der frühere Bundesaußenminister Gerhard Schröder (CDU) erklärte zum Wirken Kaisers, er verkörpere den Kampf für ein freies Deutschland für alle Deutschen. Dieser Kampf sei damals am Willen der Russen gescheitert, die es anders gewollt hätten: „Der Zwiespalt auf deutschem Boden zeigt sich heute an der Ausweisungs- und Disziplinierungskampagne der DDR. Das ist bitter für uns alle, aber der Kampf wird weitergehen.“

Gleichzeitig wurde eine Ausstellung über Jakob Kaiser im Bonner Konrad-Adenauer-Haus eröffnet; ab 11. Februar wird sie dann im Zentrum für Arbeitnehmerbildung, Königswinter, gezeigt.

Auf 42 Tafeln mit 320 Exponaten werden Leben und politisches Wirken Jakob Kaisers nachgezeichnet und in den historischen Zusammenhang gestellt.

Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Jakob Kaiser ist auch ein neues Buch erschienen mit dem Titel „**Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot**“. Das vom Bund-Verlag in Köln herausgegebene Werk enthält Reden, Aufsätze, Briefe und sonstige Äußerungen Jakob Kaisers in chronologischer Aufbereitung (Verfasser: Tilman Mayer). Das Buch umfaßt 712 Seiten und kostet 39,80 DM.

Treibhauseffekt und Ozonabbau wirksam bekämpfen

Die von den Koalitionsfraktionen beantragte und am 3. Dezember konstituierte Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ hat ihre Arbeit aufgenommen. Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber und Bundesumweltminister Klaus Töpfer stellten der Kommission die Arbeitsprogramme ihrer Ministerien zu diesem Themenkomplex vor. Dabei wurde deutlich, daß nicht nur die Forschungsanstrengungen der Bundesregierung in den Bereichen Klima und Energie in den letzten Jahren überdurchschnittlich erhöht, sondern bereits erste Erfolge beim Schutz der Ozonschicht erzielt wurden.

Nach den jetzt vorliegenden Meßergebnissen und Modellrechnungen muß angenommen werden, daß Kohlendioxid und andere Spurengase langfristig das Klima der Erde beeinflussen. Wissenschaftler gehen davon aus, daß die mittlere Lufttemperatur der Erdoberfläche zwischen 1 bis 4 Grad Celsius bis Mitte des nächsten Jahrhunderts zunimmt — vor allem aufgrund des steigenden Kohlendioxid-Anteils.

Kohlendioxid entsteht durch Verbrennung und liefert derzeit den größten mengenmäßigen Beitrag aller Gase, die durch menschliches Wirtschaften in die Erdatmosphäre ausgestoßen werden. Zum Beispiel werden in der gesamten Welt aufgrund der Energiegewinnung mit Hilfe von Kohle und Öl 1988 etwa 20 Mrd. Tonnen Kohlendioxid an die Umwelt abgegeben. Einer der Hauptverursacher für die Entstehung von Kohlendioxid sind Heizungs- und Kesselanlagen der Kraftwerke. Etwa 21 Prozent des Kohlen-

dioxids entstehen in Kraftwerken bei der Stromerzeugung.

Klimaschutz durch Energiesparen

In der Bundesrepublik Deutschland verursachen kommerzielle Energieträger etwa 3,5 Prozent des weltweit anfallenden Kohlendioxids pro Jahr. Dazu ein Beispiel:

Ein normaler Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland verbraucht etwa 4000 kW-Stunden pro Jahr. Wird dieser Strom mit Steinkohle und Braunkohle erzeugt, so entstehen allein bei diesem Prozeß 4000 Kilogramm Kohlendioxid pro Jahr; wird der Strom aus Wasser, Sonne, Wind oder Kernenergie erzeugt, so entsteht diese Menge nicht. Der beste Beitrag zur Verringerung des Kohlendioxidausstoßes ist deshalb Energieersparnis in allen Bereichen, und zwar nicht nur bei Strom. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, die Wärme- und Stromerzeugung verstärkt durch erneuerbare Energiequellen und Kernenergie abzustützen.

Trotz anhaltenden Wirtschaftswachstums seit 1973 ist der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland nahezu konstant geblieben. Damit ist durch Energiesparen ein wesentlicher Beitrag zur Begrenzung des Kohlendioxid-Problems geleistet worden:

- Verglichen mit anderen Industrieländern hat die Bundesrepublik Deutschland überproportional viele Forschungsmittel zur rationalen Nutzung fossiler Energien und zu deren Ersetzung durch neue Energietechniken aufgewendet.
- Etwa 50 Prozent der Forschungsausgaben des Bundesforschungsministeriums im Bereich „Fossiler Energien“ dienen

direkt oder indirekt der Verbesserung des Wirkungsgrades in Kraftwerken und damit der Kohlendioxid-Reduzierung.

● Ein Drittel der deutschen Stromerzeugung wird zur Zeit durch Kernenergie gedeckt. Bei einem Verzicht auf Kernenergie wären die Kohlendioxid-Emissionen im Kraftwerksbereich fast doppelt so hoch wie gegenwärtig.

Forschungsmittel drastisch erhöht

Insgesamt hat die Bundesregierung ihre Forschungsanstrengungen in den letzten Jahren massiv verstärkt. Die Ausgaben für Klimaforschung beliefen sich 1982 auf 3,6 Mio. DM. 1988 sind 23 Mio. DM vorgesehen. Darüber hinaus beschäftigen sich eine Vielzahl von Instituten im Rahmen ihrer normalen Forschungsarbeit mit Klimaproblemen. Während die Auswirkungen im einzelnen nicht genau erkennbar sind, steht aber eines fest: Je weniger Schadstoffe wir an die Atmosphäre abgeben, desto geringer ist das Risiko einer globalen Klimaverschlechterung. Es kann deshalb nur die politische Folgerung sein, daß alles unternommen werden muß, um die Schadstoffabgabe an die Atmosphäre zu verringern.

Deshalb finanziert die CDU-geführte Bundesregierung unter anderem ein **umfangreiches Forschungsprogramm auf dem Gebiet erneuerbarer Energien**. Etwa 20 Prozent der entsprechenden Forschungsausgaben des Bundesforschungsministeriums werden dabei in Kooperation mit südlichen Ländern (insbesondere Entwicklungsländern) abgewickelt, um diesen den Zugang zu erneuerbaren Energien zu erleichtern; denn wirtschaftlich bedeutender Einsatz der erneuerbaren Energien wird zunächst vor allem außerhalb der Bundesrepublik Deutschland stattfinden. Auch damit leistet die Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Beitrag zur weltweiten Reduzierung des Kohlendioxidgehalts in der Atmosphäre.

Schutz der Ozonschicht

Die Gefährdung der Ozonschicht durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) ist ein globales Problem: Jedes Jahr werden weltweit schätzungsweise 800 000 bis 1 000 000 Tonnen FCKW produziert. Um diese Umweltbelastung zu reduzieren und die Zerstörung der Ozonschicht zu bekämpfen, sind nur weltweite Lösungen erfolgversprechend.

Deshalb hat sich die Bundesrepublik Deutschland intensiv für weltweite Verpflichtungen zur Reduzierung des FCKW-Verbrauchs eingesetzt. Zusammen mit den wichtigsten Industriestaaten der Erde hat die Bundesrepublik Deutschland im März 1985 die „Wiener Konvention zum Schutz der Ozonschicht“ unterzeichnet. Darin wird erstmals eine baldmögliche Verringerung der FCKW-Produktion als wünschenswerte Vorsorgemaßnahme anerkannt. In Aufführung dieses Beschlusses haben sich im Montrealer Protokoll im September 1987 25 Unterzeichner, darunter die Bundesrepublik Deutschland und die EG, dazu verpflichtet, den FCKW-Verbrauch bis 1999 um 50 Prozent gegenüber 1986 zu reduzieren.

Im Gegensatz zu anderen Ländern hat sich die Bundesregierung bei internationalen Verhandlungen stets für strengere und schnellere Lösungen eingesetzt. Sie hat daher im Vorgriff auf internationale Vereinbarungen Maßnahmen eingeleitet, die im nationalen Bereich zu einer wesentlich rascheren Reduzierung des FCKW-Verbrauchs führen: Im August 1987 hat Bundesumweltminister Klaus Töpfer eine Vereinbarung mit dem Aerosol-Verband geschlossen, die zu einer Reduzierung des FCKW-Verbrauches im Spraybereich bis 1989 um mindestens 90 Prozent führt. Nach diesem Zeitpunkt kommen FCKW nur noch in einzelnen medizinischen Bereichen zur Anwen-

dung. Aufgrund dessen werden sich die Verbrauchszahlen für FCKW in der Bundesrepublik Deutschland wie folgt entwickeln:

1986	26 000 Tonnen
Ende 1987	20 500 Tonnen
im Laufe des Jahres 1988	13 000 Tonnen
bis Ende 1989 unter	5 000 Tonnen

Diese Zahlen wurden von dem unabhängigen Wirtschaftsprüfungsunternehmen Treuarbeit AG in Frankfurt ermittelt, das die Einhaltung der Verpflichtungen der Aerosolindustrie ständig überprüft. Erst letzte Woche hatte der Industrieverband Körperpflege und Waschmittel dem Bundesumweltministerium mitgeteilt, daß bei den großen Produktgruppen Haarsprays und Deosprays ab Januar 1988 nur noch 5 Prozent FCKW (im Vergleich zum Verbrauch 1986) als Treibmittel verwendet werden.

Das Bundesumweltministerium hat zudem zusätzliche Maßnahmen zur Ver-

minderung von FCKW in anderen Bereichen (Kühlmittel, Lösemittel, Schaumstoffe) ergriffen und eingeleitet, um auch in diesen Bereichen die Freisetzung der FCKW in die Umwelt zu vermindern. Dieses Maßnahmenbündel führt insgesamt dazu, daß die Bundesrepublik Deutschland bereits 1989, also 10 Jahre vor der internationalen Frist, die Ziele des Montrealer Protokolls erreicht.

Görlach tritt ab

Willi Görlach, SPD-Linker und Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen Süd, gibt sein Amt auf. Görlach, auch nach der verlorenen Hessenwahl standhafter Verfechter einer rot-grünen Koalition, will nun Europapolitiker werden. Bei der Europawahl 1989 tritt er als Nachfolger von Rudi Arndt für die sozialistische Fraktion an.

Subventionsbegrenzung ist unverzichtbar

Bei der Beratung des Subventionsberichts im Bundesrat erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen Friedrich Voss: Trotz der andauernden strukturpolitischen Herausforderungen ist es der Bundesregierung gelungen, das Subventionsvolumen insgesamt begrenzt zu halten. Der Anteil der Bundessubventionen 1988 — 15,1 Milliarden DM Finanzhilfen und 16,7 Milliarden DM Steuervergünstigungen — am Bruttosozialprodukt liegt unverändert bei 1½ Prozent. In den 70er Jahren lag diese Quote noch bei über zwei Prozent.

Im Bericht werden auch die Subventionsmaßnahmen der Länder und Gemeinden sowie des ERP-Sondervermögens mit ihren Gesamtsummen aufgeführt und die

EG-Hilfen ausgewiesen. 1987 waren das zusammen gut 75 Milliarden DM. Es wäre allerdings zu begrüßen, wenn die Länder nicht nur Globalbeträge zur Verfügung stellen würden, sondern in ähnlicher Weise wie der Bund regelmäßig detaillierte Berichte über ihre Hilfen erstatten würden. Dies würde damit mehr Transparenz in die Subventionsgewährung bringen und auch die Möglichkeiten zum Subventionsabbau verbessern.

Die Abwehr neuer Subventionsforderungen schon im Vorfeld politischer Entscheidungen und der Strukturwandel selbst sind der beste Weg zur Subventionsbegrenzung. Sichere Arbeitsplätze werden nicht in subventionierten Unternehmen geschaffen, sondern nur in Unternehmen, die rentabel und international wettbewerbsfähig sind.

Senator Kewenig:

Das innenpolitische Profil der CDU weiter schärfen

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU, der Berliner Senator für Inneres, Wilhelm A. Kewenig MdA, erklärt zum Arbeitsprogramm des Bundesfachausschusses für die 11. Legislaturperiode: Noch stärker als in den letzten Jahren wird der Bundesfachausschuß Innenpolitik in der 11. Legislaturperiode Zukunftssaspekte der Gesellschaft aufgreifen und politische Lösungsvorschläge entwickeln. Der Bundesfachausschuß will durch seine Beratungen dazu beitragen, das innenpolitische Profil der CDU als zukunftsoffene Partei weiter zu schärfen.

Dazu gehört auch eine Schärfung des Bewußtseins für unsere demokratische Ordnung und ihre friedensstiftende Kraft sowie den Schutz der Schwachen durch den Rechtsstaat. Andere Grundsatzfragen wie eine bessere Integration von Ausländern, strukturelle Weiterentwicklungen im öffentlichen Dienst und größere Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger in der Kommunalpolitik gehören ebenfalls zu den Arbeitsschwerpunkten.

Der Bundesfachausschuß wird sich aber außerdem auch mit aktuellen wichtigen Fragen und Einzelthemen beschäftigen. So stehen u. a. die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität und die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung, das Ausländergesetz und Einbürgerungsleichterungen für Ausländer sowie Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung für Beamte im Arbeitsprogramm.

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik wird dazu beitragen, daß auch in Zukunft die CDU die Partei ist, die sich entschieden für den Schutz des Inneren Friedens, die Freiheitsrechte der Bürger und eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung einsetzt.

3,1 Prozent mehr Rente

Die Erhöhung der Renten zum 1. Juli 1988 um 3,1 Prozent wird den Rentnern in vollem Umfang zugute kommen, denn durch die stabilen Preise bringt sie den Rentnern zum dritten Mal hintereinander einen realen Kaufkraftgewinn, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Stefan Höpfinger. Hinzu kommt, daß die Rücklagen der Rentenversicherung auch im Jahre 1988 steigen. Die Rentenversicherung steht damit auf festen Füßen.

Gewinner der Rentenpolitik der Bundesregierung sind aber vor allem die Frauen. Stefan Höpfinger begründete dies mit der 1984 beschlossenen Herabsetzung der Wartezeit von 15 auf 5 Jahre und vor allem mit der Einführung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht. Durch die Herabsetzung der Wartezeit von 15 auf 5 Jahre konnte bis Mitte 1987 etwa 130.000 Personen erstmals ein Altersruhegeld gewährt werden. Davon entfielen rund 90 Prozent auf Frauen.

Agrarbericht 1988:

Fortschritte bei der Verwirklichung agrarpolitischer Ziele

Wichtige Fortschritte bei der Verwirklichung agrarpolitischer Ziele weist der neue Agrarbericht aus, den das Bundeskabinett am Mittwoch, 3. Februar 1988, verabschiedet hat. Hervorzuheben sind die Entlastung bauerlicher Familienbetriebe bei den Sozialabgaben, die verbesserte Förderung benachteiligter Gebiete, die Bekämpfung der Waldschäden und die verstärkte Förderung von Produktionsalternativen. Diese Maßnahmen werden konsequent fortgeführt und sorgen auch 1988 wieder für eine überdurchschnittliche Steigerung des Agrarhaushalts um 8,2 Prozent auf insgesamt 8,6 Milliarden DM.

Während die verstärkten finanziellen Anstrengungen der CDU-geführten Bundesregierung zugunsten der deutschen Landwirtschaft in den vergangenen Jahren auch an der positiven Gewinnentwicklung der Vollerwerbsbetriebe abzulesen war, muß für das laufende Wirtschaftsjahr 1987/88 aufgrund der schlechten Ernteergebnisse im Durchschnitt mit einem Rückgang der Gewinne um 7 Prozent gerechnet werden.

Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1986/87, das am 30. Juni 1987 endete, sind die Gewinne der Vollerwerbsbetriebe im Durchschnitt um 2,6 Prozent auf 39.653 DM je Unternehmen gestiegen. Je Familienarbeitskraft wurde ein Gewinn von 26.753 DM erwirtschaftet; das sind 3,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Bemerkenswert ist, daß die Gewinnunterschiede im Durchschnitt der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe zwi-

schen benachteiligten und nicht benachteiligten Gebieten weitgehend ausgeglichen worden sind. Dies ist in erster Linie auf die erhöhte Ausgleichszulage und auf die Ausdehnung der von der Natur benachteiligten Gebiete auf rd. 50 Prozent des Bundesgebietes zurückzuführen.

Klein- und Mittelbetriebe holen auf

Außerdem ist hervorzuheben, daß sich aufgrund der Maßnahmen der Bundesregierung, vor allem durch die Beitragsentlastungen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, die Lage der kleineren und mittleren Vollerwerbsbetriebe deutlich verbessert hat. Die nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verfügbaren Einkommen sind in den kleineren Betrieben um 9,6 Prozent, in den mittleren um 3,3 Prozent, in den größeren um 1,4 Prozent gestiegen.

Diese Entwicklung erscheint angesichts der drängenden EG-Agrarprobleme auf den ersten Blick noch vergleichsweise günstig. Hinter diesen Durchschnittszahlen verborgen sich im einzelnen jedoch sehr unterschiedliche Betriebsergebnisse, Entwicklungen und Ursachen.

Die Ursachen für die zum Teil deutlichen Einkommensunterschiede nach Bundesländern liegen zum einen in der Betriebsgrößenstruktur, zum anderen in der Produktionsausrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe. Unter anderem wegen der starken Preisrückgänge bei den Betriebsmitteln konnten Dauerkultur- (Obst, Wein) mit +15,2 Prozent, Marktfrucht-(Getreide u. a. Verkaufsfrüchte) mit +5,4 Prozent und Futterbaubetriebe (Milch, Rinder) mit +3,4 Prozent ihre Gewinne

verbessern. Dagegen verzeichneten die Gemischtbetriebe infolge stark rückläufiger landwirtschaftlicher Erzeugerpreise bei Rind- und Schweinefleisch Gewinneinbußen in Höhe von 3,4 Prozent; in den Veredlungsbetrieben (Schweine, Geflügel) gingen die Gewinne sogar um 20,2 Prozent zurück.

Im laufenden Wirtschaftsjahr 1987/88 sind die Erntemengen bei den meisten Feldfrüchten deutlich niedriger ausgefallen als in den Vorjahren. Da dennoch der Preisdruck infolge der nach wie vor angespannten Lage auf den Agrarmärkten anhielt, müssen die landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe trotz stabiler Betriebsmittelpreise mit einem Rückgang der Gewinne in der Größenordnung von 7 Prozent rechnen.

Wettbewerbsfähigkeit stärken

Die Höhe der Einkommen in den kleinen Betrieben ist trotz der Maßnahmen der Bundesregierung im Vergleich zu anderen Berufsgruppen nach wie vor unbefriedigend. Dadurch wird deutlich, daß staatliche Einkommensstützung alleine die Einkommensprobleme von Betrieben mit unzureichenden Einkommenskapazitäten nicht ausreichend lösen kann. Dies gilt um so mehr, als viele deutsche Betriebe im Vergleich zu den durchschnittlichen Produktionskapazitäten der Familienbetriebe in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft eine nachteilige Struktur und dementsprechend eine ungünstige Einkommensentwicklung aufweisen. Häufig sind diese Betriebe mit älteren Betriebsinhabern ohne Hofnachfolger.

Strukturelle Verbesserungen sind deshalb für die längerfristige Wettbewerbsfähigkeit und Einkommensentwicklung der deutschen Landwirtschaft von erheblicher Bedeutung. Einen wichtigen Beitrag dazu leistete die strukturelle Anpassung im Wirtschaftsjahr 1986/87, die sich vor-

nehmlich im Generationswechsel vollzog: Die Zahl der Vollbeschäftigte in der Landwirtschaft ging von 890.000 um 5,8 Prozent auf 838.000 zurück, die Zahl der Betriebe von 708.000 um 3,8 Prozent auf 681.000.

Der Agrarbericht 1988 macht deutlich, daß die Zukunft der Landwirtschaft und die Anziehungskraft des ländlichen Raumes eng miteinander verknüpft sind. Land- und Forstwirtschaft, die zusammen rund 85 Prozent der Fläche der Bundesrepublik Deutschland bewirtschaften, sind heute mehr als nur Produktion von Nahrungsmitteln und Industrierohstoffen; sie gewinnen mehr und mehr an Bedeutung für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie die Sicherung und Pflege unserer vielfältigen und schönen Landschaft.

Die Verwirklichung dieser Ziele setzt die Sicherung einer leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft und ihrer Wettbewerbsfähigkeit voraus. Unverzichtbare Grundlage für die Sicherung der Einkommen ist weiterhin die EG-Markt- und Preispolitik, die von Maßnahmen der Struktur-, Steuer- und Sozialpolitik flankiert wird. Eine Anpassung der Erzeugung an die Absatzmöglichkeiten in der Landwirtschaft ist unumgänglich, damit diese wieder ihre eigentliche Funktion der Einkommenssicherung erfüllen kann. Hierzu ist ein Bündel von Maßnahmen erforderlich. Dazu zählen:

- die Förderung von Produktions- und Verwendungsalternativen in wirtschaftlich vertretbarem Rahmen,
 - die Extensivierung der Landbewirtschaftung,
 - die Herausnahme von Flächen und Betrieben aus der Nahrungsmittelproduktion auf freiwilliger Basis.
- Maßnahmen dieser Art müssen EG-weit und gleichgewichtig in den Mitgliedsstaaten durchgeführt werden.

Der Arbeitsmarkt im Januar 1988: Anstieg geringer als üblich

Zu den neuen Arbeitsmarktzahlen erklärt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt: Wie immer um diese Jahreszeit ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Aber der Anstieg war geringer als üblich. Er liegt deutlich unter dem, was wir in den letzten Jahren gewohnt waren.

Gewiß hat das milde Wetter etwas mitgeholfen, aber eines kann man mit Fug und Recht festhalten: Die Katastrophe in Wirtschaft und Arbeitsmarkt, die viele nach den weltweiten Börsenturbulenzen vorausgesagt haben und herbeireden wollten, findet nicht statt. Vielmehr gibt es auf dem Arbeitsmarkt Signale, die die Mut machen:

- Der Januarzugang an offenen Stellen war der höchste seit 1981.
- Das Vermittlungsergebnis dieses Januars war das höchste seit 1981.
- Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen liegt um 13 Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahresstand. Das war das beste Ergebnis seit 1981.

● Im Januar 1988 gab es 27,5 Prozent weniger Kurzarbeiter als ein Jahr zuvor. **Vor allem aber: Der Beschäftigungsaufbau ist weitergegangen.** Die jetzt vorliegenden Zahlen für das 2. Quartal 1987 weisen aus, daß es seit Bestehen der Beschäftigungsstatistik zu keinem Vergleichspunkt eine höhere Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer gegeben hat als jetzt.

Aber es bleibt natürlich noch viel zu tun. Wir brauchen mehr Investitionen, mehr Wachstum, um Arbeitslosigkeit abzubauen. Die zweite Stufe der Steuerreform

und die Ende letzten Jahres beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der Investitionen werden dazu beitragen, daß sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt auch in einem schwieriger gewordenen weltwirtschaftlichen Umfeld weiter positiv entwickeln.

Die Lage ist besser als die Stimmung

Die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) teilt die Auffassung der Bundesregierung, daß gute Chancen für eine Ausdehnung der gesamtwirtschaftlichen Leistung auch in diesem Jahr bestehen. „Die Lage ist besser als die Stimmung“, sagte der Vorsitzende Elmar Pieroth. Der Berliner Senator für Wirtschaft sieht insbesondere den dienstleistungsorientierten Sektor weiter wachsen.

Querelen bei den Republikanern

Bei den „Republikanern“, die sowohl bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein wie auch in Baden-Württemberg antreten wollen, haben sich Kritiker des Führungsstils von Parteichef Franz Schönhuber zur innerparteilichen Fraktion der „Unabhängigen Republikaner“ zusammengeschlossen. Wie ihr Sprecher, der stellvertretende Bundesvorsitzende Wolfgang Klinke (Bremen), mitteilte, wenden sich die Opponenten gegen den „antidemokratischen, autoritären, fast totalitären Führungsstil“ Schönhubers. Dieser verliere in der Partei zunehmend an Ansehen.

CDU-Frauen haben sich für 1988 große Aufgaben vorgenommen

Die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, Bundesministerin Rita Süssmuth, befürwortet in der Frage einer Nachfolgeregelung für den Vorruestand ein Teilrentenmodell, wie es gegenwärtig diskutiert wird. Im Vorfeld der 16. Bundesdelegiertentagung der Frauenvereinigung am 20./21. Februar in Bonn erläuterten Frau Süssmuth, Roswitha Verhülsdonk und Leni Fischer, einen umfangreichen Forderungskatalog als „Jahresprogramm“ für 1988, der von der Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau über Verbesserungen des Erziehungsgeldes und -urlaubs bis zur Absicherung eines humanen Alters reicht.

Dabei stehen auf dem Jahresprogramm der Frauenvereinigung für 1988 vor allem folgende Themenbereiche im Vordergrund:

1. Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der CDU

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist Verfassungsgebot und Wertorientierung zugleich und damit Verpflichtung für alle, die politische Verantwortung tragen. Die Frauenvereinigung begrüßt den Beschuß der gemeinsamen Sitzung der Bundesvorstände von CDU und Frauenvereinigung, bis zum Bundesparteitag im Juni 1988 ein innerparteiliches Frauenförderprogramm zu erarbeiten, in dem konkrete Maßnahmen formuliert sind, um den Beschuß des Mainzer Parteitages 1986 umzusetzen. Sie wird ihren Beitrag dazu leisten, daß die Kandidatenaufstellungsrichtlinie fortgeschrie-

ben wird. Hierbei wird es vor allem darum gehen, die Kompetenzen und Erfahrungen, die Frauen z.B. in der Familienphase erwerben, als wichtige Voraussetzungen für ein öffentliches Mandat anzuerkennen.

Die Frauenvereinigung hält daran fest, daß der Anteil der Frauen an öffentlichen Ämtern und Mandaten entsprechend ihrem Anteil an der gesamten Mitgliedschaft der CDU erhöht und im nächsten Schritt die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an politischer Verantwortung entsprechend ihrem jeweiligen Bevölkerungsanteil erreicht wird.

Die Frauenvereinigung wird sich aktiv beteiligen an einer Erhöhung des Mitgliedsanteils von Frauen in der CDU und ebenso daran, Frauen, die politische Verantwortung übernehmen möchten, Gelegenheit zu politischer Bildung zu geben.

2. Schutz des menschlichen Lebens

Politik, verstanden als Politik für das Leben schließt insbesondere Maßnahmen zu einem verbesserten Schutz menschlichen Lebens ein. Die Frauenvereinigung wird ihren Beitrag leisten zu einer Politik, die das Wagnis des Lebens in all seinen Chancen und Herausforderungen ernst nimmt und vor menschlicher Selbstüberschätzung ebenso bewahrt wie vor Gleichgültigkeit.

Deshalb begrüßt die Frauenvereinigung den Beschuß der Koalition, in den nächsten Wochen ein Beratungsgesetz vorzulegen, das erweiterte Möglichkeiten der Beratung für Mütter und Väter in Konfliktsituationen vorsieht. Die Frauenvereinigung ruft die Länder dazu auf, sich zu beteiligen an einer Ausweitung der ergän-

zenden Hilfen für Frauen in Notlagen und zum Schutz des ungeborenen Lebens.

3. Fortentwicklung einer Politik für Kinder

Im Anschluß an das Expertengespräch der CDU „Für Kinder bleibt noch viel zu tun“, das am 2. Februar in Bonn unter Leitung der Vorsitzenden der Frauenvereinigung mit über 400 Teilnehmern stattgefunden hat, wird die Frauenvereinigung ein Programm entwickeln, das Eckdaten und konkrete Vorgaben für eine Politik für Kinder enthalten wird.

Im Vordergrund steht hierbei die Überzeugung, daß eine Politik für das Kind nicht reduziert werden darf auf Familienpolitik. Eine wirksame Politik für das Kind und seine Bedürfnisse muß in allen gesellschaftspolitisch relevanten Politikbereichen ansetzen. Sie bezieht sich auf die Bereiche der Städtebau-, Wohnungs- und Verkehrspolitik ebenso, wie die Bildungs-, Medien- und Rechtspolitik. In einem solchen Programm müssen die Interessen von Kindern in bedrängten Lebenssituationen aufgenommen werden; dazu gehören Kinder aus Familien, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind ebenso, wie Kinder alleinerziehender Mütter und Väter. Schließlich darf unsere Gesellschaft nicht die Augen verschließen vor dem Problem der Gewalttätigkeiten gegenüber Kindern.

Die Frauenvereinigung fordert mehr Forschungsmittel, um genaue und umfassende Daten über die Lebenssituation von Kindern in unserer Gesellschaft zu bekommen. Sie stimmt mit den Experten darin überein, daß auf der Ebene des Bundes wie der Länder zukünftig eine bessere Koordination erfolgen muß, um bei politischen Entscheidungen die jeweils für die Situation der Kinder relevanten Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Gesetzliche Vorlagen und Ausfüh-

rungsbestimmungen der Verwaltungen sind daraufhin zu prüfen, inwieweit damit gesellschaftliche Strukturen so gestaltet werden, daß darin die Bedürfnisse von Kindern Ausdruck finden.

Die Frauenvereinigung setzt sich darüber hinaus ein für eine Ausweitung familienintegrierter und familiengleitender Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, die den veränderten Lebens- und Erwerbsbedingungen der Eltern Rechnung tragen müssen.

Verbesserter Lebensschutz für das ungeborene und das geborene Kind schließt neben der Beratung auch verstärkte Hilfeleistungen für Familien in Bedrängnis ein. In diesem Sinne versteht die Frauenvereinigung ihre Initiative „Kleine Hände — Hilfen in Bedrängnis, für Mütter, Väter und Kinder“ als einen subsidiären Dienst, der schnelle und unbürokratische Hilfen schafft. Erste Initiativen sind vor Ort, z.B. in NRW und im Saarland, in diesen Wochen gegründet worden. Die Frauenvereinigung fühlt sich bestätigt darin, daß in der Bevölkerung Bereitschaft zur Hilfe vorhanden ist und entsprechende Gruppen vor Ort die Aufgabe der Koordination übernehmen müssen, um Familien in Bedrängnis und Mitbürgerinnen und Bürger, die Hilfe leisten möchten, zusammenzubringen.

Die Frauenvereinigung wird sich auf ihrem 16. Bundesdelegiertentag am 20./21. Februar 1988 auseinandersetzen mit Kriterien zum verantworteten Umgang mit den Möglichkeiten der Fortpflanzungsmedizin und Humangenetik. Der Gesetzgeber ist hier aufgefordert, strenge ethische Maßstäbe anzulegen und in rechtliche Regelungen umzusetzen, z.B. im Bereich des Embryonenschutzes und durch ein Verbot der Leihmutterchaft. Sie lehnt die Verwendung von Keimzellen Dritter zur Überwindung der Unfruchtbarkeit eines oder beider Ehe-

partner ab. Das Wohl des Kindes und die Einmaligkeit des Bezuges zwischen Mutter, Vater und Kindern darf nicht durch technische Verfahren preisgegeben werden.

4. Verlängerung des Erziehungsgeldes und Erziehungsurlaubes

Die Verlängerung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub ins 2. Jahr hinein ist in den letzten Wochen wegen der schwierigen Haushaltsslage in die Diskussion geraten. Die Frauenvereinigung hält weiterhin an der Forderung fest, die familiopolitischen Leistungen noch in dieser Legislaturperiode zu verbessern. Die Entlastung der jungen Familien gehört zu den absolut vorrangigen Aufgaben der Regierungskoalition. Dies kann sich nicht nur in verbaler Unterstützung niederschlagen. Wem am Erhalt des Generationenvertrages gelegen ist, der muß bereit sein, junge Familien zu unterstützen. Jede Investition im Bereich familiärer Entlastung ist mittelbar eine Entlastung unseres sozialen Sicherungssystems und damit auch in Zeiten knapper Kassen unabdingbar.

5. Absicherung des humanen Alters

Die Frauenvereinigung begrüßt die im Rahmen der Strukturreform des Gesundheitswesens erzielten Erfolge in der **Pflegeversicherung**. Die Pflegeleistung, die in der Familie vor allem von Frauen erbracht wird, muß als werteschaffende Leistung in den bestehenden Systemen der sozialen Sicherung anerkannt werden. Hierzu gehören zum einen die schrittweise Anerkennung der Pflegezeiten in der Rentenversicherung, zum anderen weitere Erleichterungen im Steuerrecht. Darüberhinaus fordert die Frauenvereinigung die Einführung eines Pflegegeldes oder entsprechende Sachleistungen zur Entlastung der Pflegenden.

Im Rahmen der Strukturreform der Ren-

tenversicherung sind endlich auch Pflegezeiten anzuerkennen. Auch in diesem Fall ist es mit dem Verweis auf die leeren Kassen nicht getan. Wer in diesem Bereich heute keine Entlastung der Pflegenden schafft, wird über kurz oder lang die Kosten aufzubringen haben, die aus einem Nachlassen der Bereitschaft zu familiärer Pflege erwachsen. Deshalb wird die Frauenvereinigung dafür kämpfen, daß die Strukturreform der Rentenversicherung an diesem Problem nicht vorbeigeht.

6. Verbesserung des Familienlastenausgleichs und der Situation der Alleinerziehenden

Die Frauenvereinigung hat im vergangenen Jahr mit Nachdruck dafür plädiert, den Familienlastenausgleich voranzutreiben. Die Steuerreform von 1988 hat Familien aus dem unteren Einkommensbereich völlig aus der Steuerpflicht entlassen und damit ein Stück mehr sozialer Gerechtigkeit verwirklicht. Sie hat aber die Situation derer, die gar keine Steuern zahlen, nicht beeinflußt, sondern durch Entlastung der Steuerpflichtigen die Differenz der Belastung zwischen Menschen mit und solchen ohne Kindern eher deutlicher hervortreten lassen. Deshalb muß noch in dieser Legislaturperiode unbedingt auch das Kindergeld als zweite Säule unseres Familienlastenausgleichs angehoben werden.

7. Durchsetzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Immer noch wird im Arbeitsleben viel zu wenig Rücksicht auf Menschen mit Familiengründen genommen. Unsere Forderung nach Förderung der Teilzeitarbeit, nach Schaffung familienfreundlicher Arbeitszeiten sind nicht so stark vorangekommen, wie sich Frauen und inzwischen auch viele Männer das wünschen. Aber inzwischen hat es vermehrt Tarifverträge

und Betriebsvereinbarungen gegeben, die Teilzeitarbeit sozial absichern und Wiedereingliederungsmöglichkeiten für Berufsunterbrecher aus Familiengründen schaffen.

Dem wesentlichen Ziel, die Sensibilität der Tarifvertragsparteien für die Bedeutung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen zu steigern, sind wir nicht deutlich näher gekommen. Hier ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, an der wir uns vor Ort und in Spitzengesprächen im nächsten Jahr verstärkt beteiligen wollen.

Dennoch sind dies nur erste Schritte, die rasch Schule machen sollten. Wir werden auch dafür kämpfen, daß die Teilzeitinitiative der Bundesregierung rasch vorankommt und der öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorangeht.

8. Umsetzung der Frauenförderpläne

Die Frauenvereinigung hat sich im vergangenen Jahr verstärkt darum bemüht, den Gedanken der Frauenförderung in der CDU, in Gesellschaft und Wirtschaft voranzutreiben. Die Frauenvereinigung hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Zahl der Gleichstellungsstellen überall in der Bundesrepublik in die Höhe geschnellt ist. Innerhalb kurzer Zeit ist die Zahl von kommunalen Gleichstellungsstellen von etwa 30 auf ca. 250 angestiegen. Inzwischen sind viele unserer Mitglieder selbst als Frauenbeauftragte tätig. Auch dies sind nun erste Anfänge, die weitere Initiativen erforderlich machen. So steht die Überprüfung und Novellierung der derzeitigen Frauenförderpläne im öffentlichen Dienst immer noch aus. Dies gilt auch für die Änderung des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes.

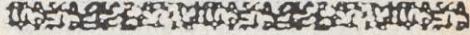
9. Erleichterung bei Existenzgründungen von Frauen

Zwar wird inzwischen jede dritte bis vierte Existenzgründung von einer Frau

in Angriff genommen, doch gibt es dafür immer noch nicht genügend Hilfen, die auf die besondere Situation von Frauen zugeschnitten sind. Die Beratungskonzepte der Industrie- und Handelskammern sowie die Finanzierungsprogramme der Banken für Existenzgründer stellen dabei große Hilfen dar, aber sie müssen insbesondere auch auf von Frauen bevorzugte Unternehmensgründungen im Dienstleistungsbereich stärker eingehen.

10. Verstärkung des Rechtsschutzes von Frauen vor Gewalt

Die Frauenvereinigung hat sich im letzten Jahr an der Diskussion um die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe beteiligt und auf eine Regelung durch die Koalitionsregierung hingewirkt. Die immer noch bestehenden Vorbehalte sind in den nächsten Monaten auszuräumen, damit eine Regelung noch in dieser Legislaturperiode zustande kommt.



Neuer Personalausweis ist fälschungssicher

Die Bundesdruckerei hat Berichte über eine leichte Fälschbarkeit des neuen Personalausweises als falsch zurückgewiesen. Mit keinem noch so teuren Farbkopierer sei der Personalausweis so nachzumachen, daß „ein halbwegs aufmerksamer Betrachter oder gar ein Fachmann und erst recht nicht ein Prüfergerät auf dieses kümmerliche Plagiat hereinfällt“, heißt es in einer Stellungnahme der Bundesdruckerei.

Ähnlich äußerte sich der Leiter des kriminaltechnischen Instituts des Bundeskriminalamtes, Wolfgang Steinke. Im Rundfunk sagte er, der neue Ausweis sei das Beste, was es im Bereich der Sicherungstechnik gebe. Eine Fälschung sei mit bloßem Auge erkennbar.

Kanzler sprach mit Vertretern des Bauernverbandes

Der Bundeskanzler empfing am 4. Februar 1988 den Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes Von Heeren man zu einem Gespräch über die aktuelle Lage und insbesondere zu den bevorstehenden Entscheidungen in der europäischen Agrarpolitik. Präsident Von Heeren man verwies auf den Agrarbericht und trug seine Sorgen über die unbefriedigende Einkommenslage vor. Er bat den Bundeskanzler, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, um Entscheidungen in Brüssel durchzusetzen, die der besonderen Situation in der deutschen Landwirtschaft gerecht werden. Weiterer Preisdruck sei nicht hinnehmbar und deshalb seien die Vorschläge der EG-Kommission inakzeptabel. Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen EG-weiten Maßnahmen zur Eindämmung der Überschußproduktion (Flächenstilllegung und Vorrustandsregelung in der Landwirtschaft) müßten nun beschlossen und unverzüglich umgesetzt werden.

Der Bundeskanzler sicherte zu, sich mit allem Nachdruck für ein akzeptables Ergebnis einzusetzen. Es bestand Einvernehmen, daß eine wettbewerbsfähige deutsche Landwirtschaft zur Erhaltung eines gesunden ländlichen Raumes unverzichtbar ist. Dazu gehörten in gleicher Weise bäuerliche Vollerwerbsbetriebe und Nebenerwerbsbetriebe.

Karl-Arnold-Stiftung legt Programm vor

Das Bildungswerk der Karl-Arnold-Stiftung in Bonn-Bad Godesberg hat sein Seminarprogramm für das Jahr 1988 vor gelegt. In einer umfangreichen Broschüre werden die Seminare und Studienfahrten

in das europäische Ausland nach Brüssel und Straßburg sowie in die DDR ausführlich dargestellt. Einen Schwerpunkt bilden einwöchige Seniorenseminare im Südsauerland.

Die Teilnahme steht nicht nur CDU-Mitgliedern, sondern allen interessierten Bürgern offen. Für die Veranstaltungen können Angehörige des öffentlichen Dienstes und Arbeitnehmer bezahlten Bildungslaub beantragen.

Wer sich näher informieren möchte, kann das Programmheft beim Bildungswerk der Karl-Arnold-Stiftung, 5300 Bonn 2, Verner Straße 55, anfordern.

Gemeinden sollten jetzt investieren

Vor allem in Großstädten sind nicht unerhebliche Teile der Kanalisationsnetze überaltert und müssen erneuert werden. Nach Schätzung von Fachleuten wird die Sanierung dieser öffentlichen Kanäle mehr als 50 Mrd. DM an Investitionen erfordern. Die Bundesregierung hält diese geschätzte Größenordnung für realistisch. Das geht aus der Antwort von Staatssekretär Martin Grüner vom Bundesumweltministerium auf eine Anfrage des CSU-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Arbeitskreises Wirtschaft, Rudolf Kraus, hervor.

Dazu erklärt Rudolf Kraus: Die Gemeinden haben jetzt eine gute Chance, auch die schrittweise Sanierung der öffentlichen Kanalnetze voranzutreiben, vor dringlich dort, wo ungünstige Abwasser oder Untergrundverhältnisse vorliegen. Der Bund stellt zinsverbilligte Vorfinanzierungsmöglichkeiten für solche Vorhaben im Rahmen des ERP-Abwasserreinigungsprogramms und vor allem auch im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums zur Verfügung.

Rechtspolitik und europäische Integration

Internationale Aufmerksamkeit fand eine Ende Oktober 1987 in Brüssel veranstaltete Fachkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich mit aktuellen Fragen der europäischen Rechtsentwicklung befaßte. Die Verwirklichung der Einheitlichen Europäischen Akte, die rechtsethischen und rechtspolitischen Fragen der Fortpflanzungsmedizin und die Koordinierung des Asylrechts in Europa standen auf der Tagesordnung.

Im zweiten Veranstaltungsteil wurden die Probleme der modernen Fortpflanzungsmedizin aus ethischer und rechtlicher Sicht analysiert.

Höhepunkt dieses Veranstaltungsteils war der Vortrag des Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Prof. Dr. Herzog, der umfassend zu den rechtspolitischen Fragen der künstlichen Befruchtung, der Leihmutterschaft, der Forschung an Embryonen, der Samenspende sowie der Möglichkeit der Zuchtauswahl Stellung nahm.

Die Diskussion zeigte eine deutliche Übereinstimmung darin, daß die von der modernen Fortpflanzungsmedizin in hohem Maße aufgeworfenen ethischen und rechtlichen Fragen die Gesetzgeber herausfordern. Da die Fortschritte der Fortpflanzungsmedizin nicht an nationalen Grenzen hält machen, werden Regelungen auf diesem Gebiet um so glaubwürdiger und effektiver sein, je mehr es gelingt, sie auf übernational abgestimmte Grundsätze zu stützen. Als Vorbild und Maßstab können insoweit, dies wurde von namhaften Politikern aus anderen EG-Ländern ausdrücklich anerkannt, die Leitsätze des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) zu den rechtsethischen und

rechtspolitischen Fragen der Fortpflanzungsmedizin dienen.

Der dritte Veranstaltungsteil stand unter der appetithaften Überschrift „Humanes Asylrecht — Herausforderung für die Rechtspolitik in Europa“.

Der Grundtenor aller Vorträge und Diskussionsbeiträge bestand darin, daß an einer europäischen Koordinierung des Asylrechts, so problematisch sie in den Einzelheiten auch sein mag, kein Weg vorbeiführen wird. In einem politisch immer enger zusammenwachsenden Europa mit offenen Grenzen stehen alle Staaten in einer gemeinsamen Verantwortung gegenüber den Asylsuchenden in Europa.

Der Berliner Innensenator Wilhelm Kewenig, Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Innenpolitik“, brachte die Dinge auf den Punkt. Er erinnerte an die Hypothek der Deutschen in der Frage der Asylgewährung und verwies auf den inneren Zwiespalt, den richtigen Weg zu finden, nämlich den Mittelweg zwischen dem selbstverständlichen Bekenntnis zu dem Schutz der Menschenrechte und zu unserer großen europäischen Tradition auf der einen Seite und den Notwendigkeiten, eine Politik zu betreiben, die dem Gefüls- und Wissensstand der Bevölkerung entspricht, auf der anderen Seite.

Die europäische Harmonisierung der Rechtslage im Bereich des Asylrechts und die Koordinierung des faktischen Verhaltens der Regierungen sollten nach Meinung Kewenigs ganz oben auf der Tagesordnung Europas stehen.

An der Situation der Bundesrepublik Deutschland machte Kewenig deutlich, wo mit einer Harmonisierung des Asylrechts angesetzt werden müßte: Die Möglichkeit der Zurückweisung offensichtlich

unbegründeter Flüchtlings- oder Asylbewerber sei nicht entwickelt. Man müsse dazu kommen, mehr Zurückweisungen offensichtlich unbegründeter Asylbewerber an der Grenze vorzunehmen, und zwar koordiniert in Europa, damit nicht die einen die Flüchtlinge an die anderen abgeben. Die beiden Hauptprobleme bei der Behandlung von Asylbewerbern seien zum einen die Verfahrensdauer vor den Gerichten und das Problem der Ausreise nach Abschluß des Verfahrens zum anderen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß verantwortungsvolle Rechtspolitik zunehmend den rechtlichen und faktischen Bedürfnissen nach Harmonisierung des Rechts in Europa Rechnung tragen muß. Gegenseitige Information ist ein wesentlicher erster Schritt auf dem Weg zu einer abgestimmten Rechtspolitik in Europa. Über den rechtspolitischen Bereich hinaus zeigte die Veranstaltung, wie wichtig es ist, Instrumente zu finden, die die europäischen und die nationalen Handlungsebenen miteinander ins Gespräch bringen.

Die auf der Fachkonferenz gehaltenen Vorträge sind in Buchform im Görres-Verlag Koblenz unter dem Titel: Meinhard Knoche (Hrsg.) „Wege zur europäischen Rechtsgemeinschaft II“ erschienen.

Hauser für EG-Mittelstandsrat

Der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Hans-heinz Hauser**, hat ein Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gerichtet, in dem er u. a. ausführt: „Alle seriösen Diskussionsbeiträge der jüngsten Zeit zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in unserem Land bestätigen, daß der größte Teil der neuge-

schaffenen Arbeitsplätze im Unternehmensbereich des Mittelstandes angeboten wird. Die Auffassung ist durchaus vertretbar, daß der funktionierende Teil des Arbeitsmarktes zu einem ganz wesentlichen Prozentsatz durch die mittelständischen Unternehmen aufrechterhalten wird.

Natürlich ist dies nur ein — wenn auch wichtiger — Aspekt unserer stark mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur. Ich glaube aber, daß gerade dieser Aspekt ein gutes Argument für den folgenden Vorschlag abgibt.

Ich möchte die Bundesregierung bitten, im Rahmen ihrer EG-Präsidentschaft eine Ministerratsrunde zu den besonderen Belangen einer europäischen Mittelstandspolitik einzuberufen, etwa entsprechend dem bereits bestehenden Binnenmarktrat oder dem Industrierat. Ich glaube, daß angesichts der vielfältigen und zum Teil nach wir vor recht unterschiedlichen Entwicklungen im europäischen Raum ein Mittelstandsrat der betreffenden Ressortminister wesentliche Impulse zu wirtschaftlichen, steuerlichen und sozialen Entwicklungen des europäischen Mittelstandsbereichs vermitteln könnte.“

Schröder (SPD) gegen Erfassungsstelle Salzgitter

Gerhard Schröder, SPD-Oppositionsführer im niedersächsischen Landtag, nannte die Salzgitter-Erfassungsstelle für Straftaten in der DDR erneut ein „Relikt aus Kaltem Krieg“. Auch den verbrieften Anspruch, daß die Elbe in ihrer ganzen Breite zwischen Schnackenburg und Lauenburg zu Niedersachsen gehöre, bezeichnete Schröder als „nicht zu halten“. Nach seiner Auffassung verstellen diese Positionen „viele politische, wirtschaftliche und kulturelle Verständigungsmöglichkeiten“ mit der DDR.

SPD: 44 Steuererhöhungspläne

In seiner Bundestagsrede zum Bundeshaushalt 1988 vom 23. November 1987 hat der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, auf die vielfältigen Steuererhöhungspläne der SPD hingewiesen. Die lebhafte Diskussion in der SPD über von ihr als notwendig empfundenen Steuererhöhungen und der ungebrochene Wille, immer neue Belastungen für die Bürger und die Wirtschaft auszudenken, hat in der Öffentlichkeit eine starke Nachfrage nach den Belegen für die einzelnen Steuererhöhungspläne der SPD entstehen lassen. Die Abteilung Dokumentation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher die Liste vervollständigt und die jeweiligen Fundstellen angegeben.

In den vergangenen zwei Jahren sind in der SPD offiziell insgesamt vierundvierzig unterschiedliche Steuererhöhungspläne diskutiert und weitgehend auch durch Bundesparteitage beschlossen worden.

Anmerkungen:

Der größte Teil der im folgenden aufgeführten Anträge auf Parteitagen ist auch auf dem jeweils zitierten Parteitag angenommen worden.

Sozialdemokraten wollen die Bürger und die Wirtschaft belasten:

- durch die Rücknahme der Steuererleichterungen aus der bisherigen Steuerreform der CDU/CSU-geführten Bundesregierung;

F. Farthmann: Thesen zur Wirtschaftspolitik 23. 3. 1986, S. 9, hektographiert. Antrag Nr. W 43, Bezirk Südbayern. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg,

25.—29. 8. 1986, S. 258. Antrag Nr. F 2, Bezirk Mittelrhein, ebenda, S. 333.

- durch eine Verstärkung der Progression in der Einkommensteuer;

Antrag Nr. W 3, Unterbezirk Erlangen. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 113. Antrag Nr. W 7, Unterbezirk Münster, ebenda, S. 143.

- durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 65 Prozent;

Beschluß des Parteitages der SPD in München, 19.—23. 4. 1982. Antrag Nr. W 43, Bezirk Südbayern. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 258.

- durch einen Abbau des Ehegattensplittings;

Beschluß des Parteitages der SPD in München, 19.—23. 4. 1982. Regierungsprogramm 1987—1990 der SPD, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Offenburg, 25. 10. 1986. Beschuß des Parteitages der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986.

Arbeitsgruppe Steuern und Abgaben beim Parteivorstand der SPD „Unser Steuerrecht gerecht gestalten“. Das sozialdemokratische Konzept für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung unseres Steuersystems. 7. 1. 1986, S. 8, hektographiert. SPD-Programm „Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern“, Bonn, 22. 10. 1985, S. 83, hektographiert. Antrag Nr. W 3, Unterbezirk Erlangen. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 113. Antrag Nr. W 4, Bezirk Ostwestfalen-Lippe, ebenda, S. 124. Antrag Nr. W 7, Unterbezirk Dortmund, ebenda, S. 155. Antrag W 35, Bezirk Hannover, ebenda,

S. 208. Antrag Nr. F 2, Bezirk Mittelrhein, ebenda, S. 333.

● durch Abschaffung der Kinderfreibeträge;

setzentwürfe der Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen v. 4. 3. 1987. Regierungsprogramm 1987—1990 der SPD, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Offenburg, 25. 10. 1986. Beschuß des Parteitages der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986. SPD-Programm „Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern“, Bonn, 22. 10. 1985, S. 83, hektographiert. Antrag Nr. W 2, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 101. Antrag Nr. W 4, Bezirk Ostwestfalen-Lippe, ebenda, S. 123. Antrag Nr. W 43, Bezirk Südbayern, ebenda, S. 259. Antrag Nr. F 2, Bezirk Mittelrhein, ebenda, S. 333.

● durch ein Solidaropfer öffentlicher Dienst;

SPD-Programm „Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern“, Bonn 22. 10. 1985, S. 9.

● durch eine „Solidarsteuer“ in Höhe von zehn Prozent der Lohn- und Einkommensteuer;

SPD-Fraktionsführer in NRW F. Farthmann laut dpa 6. 11. 1985; SPD-Bundesgeschäftsführer P. Glotz vor dem Wirtschaftsschub Rhein-Main, Handelsblatt v. 23. 9. 1985.

● durch eine Steuer auf „leistungslose Geldanlagen“ (auch: „Abschöpfung unproduktiven Kapitalvermögens“);

Arbeitsgruppe Steuern und Abgaben beim Parteivorstand der SPD „Unser Steuerrecht gerecht gestalten“. Das sozialdemokratische Konzept für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung unseres Steuersystems. 7. 1. 1986, S. 10, hektographiert. Antrag Nr. W 2, Bezirk

Niederbayern/Oberpfalz. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 101. Antrag Nr. W 16, Unterbezirk Dortmund, ebenda, S. 155. Ähnlich auch: M. Kollatz, stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender, „Thesen zum SPD-Grundsatzprogramm — Entwurf“, o. D., S. 10, hektographiert.

● durch eine „scharfe Besteuerung der aus Entwicklungsländern rückgeführter privater Gewinne“;

Antrag Nr. 3, Unterbezirk Erlangen. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 115.

● durch eine Produktsteuer;

Antrag Nr. F 2, Bezirk Mittelrhein. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 333.

● durch eine „Spekulationssteuer“;

Beschluß des Parteitages der SPD in München, 19.—23. 4. 1982. Arbeitsgruppe Steuern und Abgaben beim Parteivorstand der SPD „Unser Steuerrecht gerecht gestalten“. Das sozialdemokratische Konzept für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung unseres Steuersystems. 7. 1. 1986, S. 10, hektographiert.

● durch die Einführung einer befristeten Ergänzungsabgabe;

Beschluß des Parteitages der SPD in München, 19.—23. 4. 1982. Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion v. 26. 11. 1984. Regierungsprogramm 1987—1990 der SPD, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Offenburg, 25. 10. 1986. Beschuß des Parteitages der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986. F. Farthmann, Thesen zur Wirtschaftspolitik, 23. 3. 1986. Antrag Nr. F 1 des Parteivorstands. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 330. Antrag Nr. W 44, Bezirk Westliches Westfalen. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg,

25.—29. 8. 1986, S. 266. Antrag Nr. W 15, Unterbezirk Dortmund, ebenda, S. 156. Antrag Nr. W 4, Bezirk Ostwestfalen-Lippe, ebenda, S. 124. Antrag Nr. W 6, Mittelrhein, ebenda, S. 138. Antrag Nr. W 35, Bezirk Hannover, ebenda, S. 208. Antrag Nr. W 39, Bezirk Weser-Ems, ebenda, S. 244.

● **durch eine Arbeitsmarktabgabe auch für Beamte und Selbständige;**

Beschluß des Parteitages der SPD in München, 19.—23. 4. 1982. Antrag Nr. W 4, Bezirk Ostwestfalen-Lippe. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1980, S. 123. Antrag Nr. W 30, Unterbezirk Gütersloh, ebenda, S. 177.

● **durch eine Ausbildungsplatzabgabe, Berufsbildungsabgabe;**

Gesetzentwurf der Länder Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland v. 27. 2. 1986. Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion v. 4. 3. 1986. Antrag Nr. W 43, Bezirk Südbayern. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 259.

● **durch eine Sonderabgabe Arbeit und Umwelt (auch Umweltabgabe);**

Antrag Nr. W 3, Unterbezirk Erlangen. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 112. Antrag Nr. W 29, Unterbezirk Unna, ebenda, S. 171. Antrag Nr. W 30, Unterbezirk Gütersloh, ebenda, S. 173. Antrag Nr. W 33, Unterbezirk Bonn, ebenda, S. 181.

● **durch einen Altlastenfonds in Form einer Umlagefinanzierung;**

Sondervermögen Arbeit und Umwelt. Antrag Nr. W 44, Bezirk Westliches Westfalen. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 266. Antrag Nr. W 45, Landkreis Harburg, ebenda, S. 279. Antrag Nr. W 15, Unterbezirk Dortmund, ebenda, S. 156. Antrag Nr. F 2, Bezirk Mittelrhein, ebenda, S. 334.

● **durch „besondere Steuern und Abgaben auf umweltfeindliche Produktionsverfahren und Produkte“;**

Arbeitsgruppe Steuern und Abgaben beim Parteivorstand der SPD „Unser Steuerrecht gerecht gestalten“. Das sozialdemokratische Konzept für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung unseres Steuersystems. 7. 1. 1986, S. 14, hektographiert. Beschuß des Parteitages der SPD in Nürnberg, 25.—29. 6. 1980, Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Irsee, Juni 1986, S. 60. SPD-Programm: Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern, Bonn, 22. 10. 1985, S. 85.

● **durch eine Entgiftungssteuer;**

Antrag Nr. F 2, Bezirk Mittelrhein. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 334.

● **durch eine Grundwasserabgabe;**

Antrag F 2, Kreisverband Plön. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 336.

● **durch eine Abwasserabgabe;**

Beschluß des Parteitages der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986. Antrag Nr. W 36, Bezirk Hessen-Süd. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 238. Antrag Nr. W 49, Unterbezirk Düsseldorf, ebenda, S. 311. Antrag Nr. F 4, Kreisverband Plön, ebenda, S. 337.

● **durch eine Schwefelabgabe;**

Gesetzentwurf des Landes Hessen (Schwefelabgabengesetz) v. 26. 1. 1983. Antrag Nr. F 2, Kreisverband Plön. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 337. Antrag F 2, Ortsverein Hofheim, ebenda, S. 336.

● **durch eine Pestizidsteuer;**

Antrag F 3, Ortsverein Hofheim. Anträge

zum Parteitag der SPD in Nürnberg,
25.—29. 8. 1986, S. 336.

● durch eine Stickstoffabgabe;

Antrag Nr. F 2, Kreisverband Plön.

Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 337. Antrag F 2, Ortsverein Hofheim, ebenda, S. 336.

● durch eine Lärmabgabe;

Antrag Nr. F 2, Kreisverband Plön.

Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 337. Antrag F 2, Ortsverein Hofheim, ebenda, S. 336.

● durch eine Abfallabgabe;

Antrag Nr. F 2, Kreisverband Plön.

Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 337. Antrag F 2, Ortsverein Hofheim, ebenda, S. 336.

● durch eine Altölabgabe;

Antrag Nr. W 36, Bezirk Hessen-Süd.

Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 238.

● durch eine Abgabe auf den Energieverbrauch;

Antrag Nr. W 44, Bezirk Westliches Westfalen. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 266. Antrag Nr. 45, Landkreis Harburg, ebenda, S. 279.

● durch eine Abgabe auf Stickoxyde in Kraftwerken;

Antrag Nr. F 3, Ortsverein Hohenheim.

Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 336.

● durch eine Rohstoffsteuer;

Antrag Nr. F 3, Ortsverein Hohenheim.

Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 336.

● durch eine Verpackungsabgabe;

Antrag Nr. F 3, Ortsverein Hofheim.

Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 336.

● durch einen „Waldpfennig“;

Gesetzentwurf des Landes Nordrhein-Westfalen (Waldpfenniggesetz) v. 22. 12. 1983.

● durch die Einführung einer Bodenwert-Zuwachssteuer ohne Veräußerungsfrist;

Antrag Nr. W 44, Bezirk Westliches Westfalen. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 266. Antrag Nr. 45, Landkreis Harburg, ebenda, S. 279. Antrag Nr. W 15, Unterbezirk Dortmund, ebenda, S. 156. Antrag Nr. W 35, Bezirk Hannover, ebenda, S. 208.

● durch die Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler (z.B. Ärzte, Steuerberater, Rechtsanwälte usw.);

Beschluß des Parteitages der SPD in München, 19.—23. 4. 1982. Arbeitsgruppe Steuern und Abgaben beim Partivorstand der SPD „Unser Steuerrecht gerecht gestalten“. Das sozialdemokratische Konzept für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung unseres Steuersystems. 7. 1. 1986, S. 13, hektographiert. SPD-Programm „Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern“ Bonn, 22. 10. 1985, S. 81, hektographiert. Antrag Nr. W 44, Bezirk Westliches Westfalen. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 266. Antrag Nr. W 35, Bezirk Hannover, ebenda, S. 208. Antrag Nr. F 2, Bezirk Mittelrhein, ebenda, S. 334.

● durch eine Wertschöpfungsabgabe (= Maschinensteuer);

Regierungsprogramm 1987—1990 der SPD, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Offenburg, 25.10.1986. Antrag Nr. S 1, Partevorstand. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg 25.—29. 8. 1986, S. 704. Antrag Nr. S 2, Bezirk Ostwestfalen-Lippe, ebenda, S. 709. Antrag Nr. W 2, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ebenda, S. 100.

Antrag Nr. W 3, Unterbezirk Erlangen, ebenda, S. 113. Antrag Nr. W 4, Bezirk Ostwestfalen-Lippe, ebenda, S. 123.
Antrag Nr. W 22, Unterbezirk Kassel-Stadt, ebenda, S. 162.

● durch eine Erzeugerabgabe in der Landwirtschaft;

Antrag Nr. W 4, Bezirk Ostwestfalen-Lippe. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 122.

● durch eine Abgabe auf Umsatz und Gewinn;

Antrag Nr. W 30, Unterbezirk Gütersloh. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 177.

● durch eine Anhebung der Mineralölsteuer und anderer spezieller Verbrauchssteuern;

F. Farthmann: Thesen zur Wirtschaftspolitik 23. 3. 1986, S. 9 hektographiert.

Antrag Nr. F 2, Bezirk Mittelrhein.

Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 333. Antrag Nr. F 4, Kreisverband Plön, ebenda, S. 337.

● durch eine Verschärfung der Vermögensteuer;

Beschluß des Parteitages der SPD in München, 19.—23. 4. 1982. Regierungsprogramm 1987—1990 der SPD, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Offenburg, 25. 10. 1986. Beschuß des Parteitages der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986. Antrag Nr. F 2, Bezirk Mittelrhein. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 334.

● durch eine Erhöhung der Strom- und Wassertarife;

Antrag Nr. F 4, Kreisverband Plön. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 337. Gesetzentwurf des Landes Hessen zur Änderung wasserwirtschaftlicher Vorschriften v. 20. 9. 1984.

● durch einen Zuschlag auf die Einheitswerte;

Arbeitsgruppe Steuern und Abgaben beim Parteivorstand der SPD „Unser Steuerrecht gerecht gestalten“. Das sozialdemokratische Konzept für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung unseres Steuersystems. 7. 1. 1986, S. 13, hektographiert. Antrag Nr. F 2, Bezirk Mittelrhein. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 335.

● durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Strom;

Antrag Nr. F 4, Kreisverband Plön. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 337.

● durch eine „Revitalisierung“ (= Erhöhung) der Gewerbesteuer;

Arbeitsgruppe Steuern und Abgaben beim Parteivorstand der SPD „Unser Steuerrecht gerecht gestalten“. Das sozialdemokratische Konzept für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung unseres Steuersystems. 7. 1. 1986, S. 13, hektographiert.

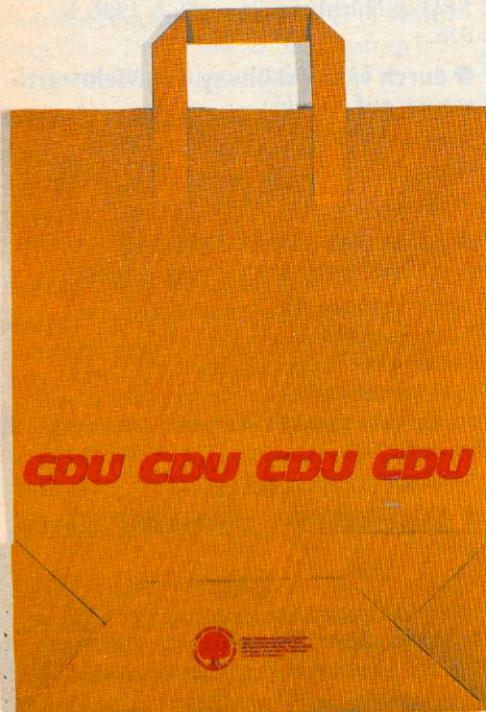
● durch Verbrauchssteuer auf „Luxusgüter“;

Antrag Nr. W 44, Bezirk Westliches Westfalen. Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 266. Antrag Nr. 45, Landkreis Harburg, ebenda, S. 279. Antrag Nr. W 15, Unterbezirk Dortmund, ebenda, S. 156. Antrag Nr. W 35, Bezirk Hannover, ebenda, S. 208.

● durch schärfere Besteuerung der sog. „windfall profits“, der Gewinne aus der heimischen Erdölproduktion;

Antrag Nr. W 44, Bezirk Westliches Westfalen. Antrag zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.—29. 8. 1986, S. 266. Antrag Nr. W 15, Unterbezirk Dortmund, ebenda, S. 156. Antrag Nr. W 35, Bezirk Hannover, ebenda, S. 208.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Neu im Angebot:

Papiertragetasche

Die Papiertragetasche mit CDU-Aufdruck. Die Tasche besteht als Recyclingprodukt zu 85 Prozent aus Altpapier und ist ungebleicht, d. h. natronfarben, ein 100-Prozent-Beitrag zum Umweltschutz. Maße: 31,5 x 41 cm, Tragkraft: 5 kg

Bestell-Nr.: 9056

Mindestabnahme: 250 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 45,— DM

Bestellungen über das
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

UiD
5/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.